



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND  
UNION PATRONALE SUISSE



economiesuisse

# bewährter bilateraler weg ergebnisse einer umfrage in der wirtschaft

#### **Impressum**

**Diese Publikation erscheint in Deutsch und Französisch  
Gestaltung und Produktion: Daniel Stähli, Visuelle Kommunikation, Zürich  
Druck: Sihldruck AG, Zürich  
© economiesuisse, Schweizerischer Arbeitgeberverband 2008**

Mit grosser Mehrheit hat sich das Schweizer Volk im Jahre 2000 an der Urne für den bilateralen Weg entschieden. Die Beziehungen zur Europäischen Union (EU) wurden damit auf eine solide Grundlage gestellt. Die Stimmberechtigten haben diesen Entscheid seither viermal bestätigt. Die Initiative «Ja zu Europa» wurde abgelehnt, Schengen/Dublin, die Erweiterung der Personenfreizügigkeit und der Erweiterungsbeitrag (Osthilfe) angenommen.

Der bilaterale Weg bietet unserer Wirtschaft eine stabile und verlässliche Grundlage für die Beziehung zur EU, unserem wichtigsten Handelspartner. Deshalb haben sich economiesuisse und der Schweizerische Arbeitgeberverband bei den Abstimmungen jeweils stark engagiert. Die politische Diskussion geht jedoch weiter. Die Weiterführung der Personenfreizügigkeit und/oder ihre Ausdehnung auf die neuen EU-Staaten Rumänien und Bulgarien könnten per Referendum zu Fall gebracht werden.

Seit dem Inkrafttreten der Bilateralen Abkommen I konnten die Unternehmen umfangreiche Erfahrungen mit dem Vertragswerk und insbesondere mit der Personenfreizügigkeit sammeln. Diese Erfahrungen sind für die kommende politische Diskussion sehr wichtig. Der Zeitpunkt schien uns deshalb günstig, unsere Mitglieder zu ihren europapolitischen Einschätzungen und Anliegen zu befragen.

Die bilateralen Verträge haben sich aus Sicht der Wirtschaft bewährt. Das bestätigen auch die Ergebnisse der vorliegenden Umfrage. Sie zeichnet ein einheitliches Bild. Über alle Branchen hinweg hat die Schweizer Wirtschaft mit den Abkommen sehr gute Erfahrungen gemacht. Deshalb stellt sich unsere Wirtschaft klar hinter die Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommens. Sie trägt den europapolitischen Kurs der Schweiz entschieden mit.

economiesuisse und der Schweizerische Arbeitgeberverband danken ihren Mitgliedern für die Mitwirkung an der Umfrage. Die Ergebnisse zeigen, dass der Einsatz unserer Verbände für den bilateralen Weg richtig und wichtig ist. Wir werden bei erneuten Volksabstimmungen über die Personenfreizügigkeit mit aller Entschlossenheit für sie eintreten.



**Pascal Gentinetta**  
Direktor economiesuisse



**Thomas Daum**  
Direktor Schweizerischer  
Arbeitgeberverband



<b>Executive Summary</b>	4
<b>Ausgangslage</b>	5
<b>Ergebnisse</b>	
Betroffenheit der Mitglieder durch die Bilateralen Abkommen	7
Rückblick und aktuelle Situation	8
Ausblick Freizügigkeitsabkommen (FZA)	15
Europapolitischer Kurs der Schweiz	19
<b>Anhang</b>	
Liste der Umfrageteilnehmer	20
Informationen zum Freihandelsabkommen und zu den Bilateralen Abkommen I	22
Informationen zu den Bilateralen Abkommen II	23
Veröffentlichungen zur Europapolitik	24

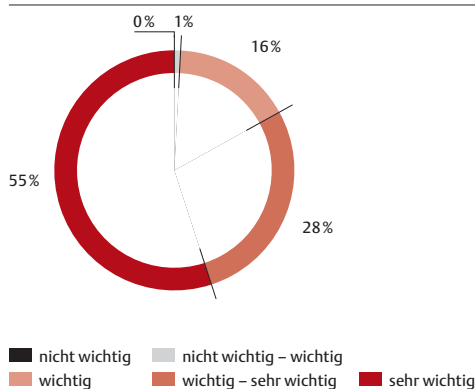
# Executive Summary

Die Schweiz hat ihre Beziehung zur Europäischen Union (EU) in den vergangenen Jahren kontinuierlich vertieft – zuletzt um die Bilateralen Abkommen II. Mit einer Umfrage unter ihren Mitgliedern haben economiesuisse und der Schweizerische Arbeitgeberverband Ende 2007 die Erfahrungen der Wirtschaft mit den Abkommen und die Erwartungen an die weitere Entwicklung der Beziehungen zur EU erhoben.

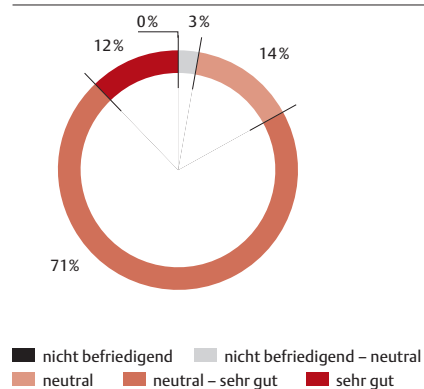
Die breite Beteiligung unter den Mitgliedern ergibt ein repräsentatives Bild der Stimmungslage und ermöglicht eine fundierte Einschätzung der Beziehungen Schweiz–EU aus der Sicht der Schweizer Wirtschaft. Im Wesentlichen können folgende Schlussfolgerungen gezogen werden:

1. Eine grosse Mehrheit der antwortenden Mitglieder ist durch den Inhalt der Abkommen betroffen. Die Ergebnisse bestätigen und bekräftigen die europapolitische Haltung von economiesuisse und Schweizerischem Arbeitgeberverband. Der bilaterale Weg bewährt sich; die bisherigen Erfahrungen mit dem Regelwerk sind positiv. Die bestehenden Abkommen ermöglichen eine lösungsorientierte, pragmatische Zusammenarbeit mit der EU. Sie bilden eine unerlässliche Basis für die erfolgreiche Entwicklung der Schweizer Wirtschaft. Mit dem weitgehend problemlosen Zugang zum europäischen Binnenmarkt sind die wesentlichen Anliegen der Wirtschaft erfüllt.
2. Dem Freizügigkeitsabkommen (FZA) kommt für die Unternehmen und die Volkswirtschaft eine tragende Bedeutung in den Bilateralen Abkommen zu. Die Wirkung der flankierenden Massnahmen entspricht den Erwartungen. Die Weiterführung und Ausdehnung des FZA werden nach Auffassung der Mitglieder beider Organisationen einen sehr positiven Einfluss auf das künftige Wirtschaftswachstum haben. Weil die Bilateralen Abkommen I juristisch untereinander verknüpft sind (Guillotineklausel), sind die Weiterführung und Ausdehnung des FZA unabdingbar. Die Schweiz darf eine Kündigung nicht riskieren.
3. Der europapolitische Kurs der Schweiz wird von der Wirtschaft begrüsst. Eine konsequente Pflege und Vertiefung der bilateralen Beziehungen sind jedem anderen Szenario klar vorzuziehen.

## Wie wichtig ist die Weiterführung des FZA für die Schweizer Wirtschaft insgesamt (Stichwort: Guillotineklausel)?



## Beurteilung des aktuellen europapolitischen Kurses der Schweiz



# Ausgangslage

Für die Schweiz ist die Europäische Union (EU) der mit Abstand wichtigste Wirtschaftspartner. Dies gilt für den Handel mit Waren und Dienstleistungen ebenso wie für Direktinvestitionen. Im Warenhandel gehen zwei Drittel der Schweizer Exporte in den EU-Raum; vier Fünftel aller Importe stammen aus der EU.

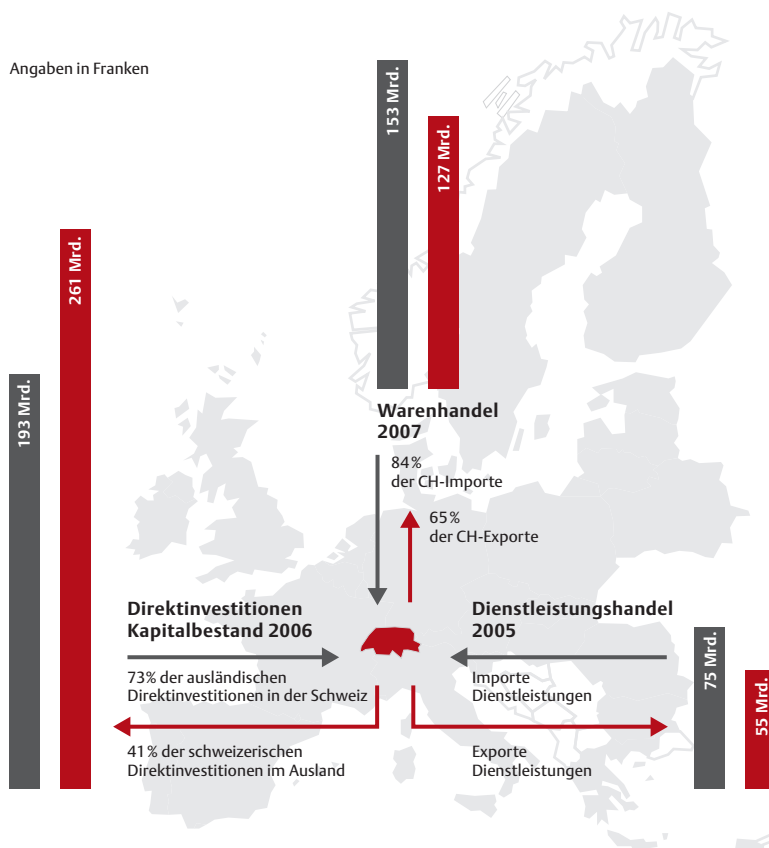
Seit dem Inkrafttreten der einzelnen Verträge ab dem 1. Juni 2002 konnten die Schweizer Unternehmen im wirtschaftlichen Austausch mit der EU ausreichend Erfahrungen sammeln. Sie bilden zusammen mit dem Freihandelsabkommen aus dem Jahr 1972 das Grundgerüst der wirtschaftlichen Beziehungen zur Staatengemeinschaft. Die enge wirtschaftliche Verflechtung zwischen den beiden Partnern erfordert stabile vertragliche Rahmenbedingungen.

Der bilaterale Weg hat sich bewährt. Er stellt einen lösungsorientierten und pragmatischen Ansatz dar und ist durch das Schweizer Stimmvolk mehrfach gutgeheissen worden. Aus Sicht der Wirtschaft werden die wichtigsten Anliegen erfüllt. Neben breit abgestützten sektoriellen Interessen wird insbesondere der Zugang zum europäischen Binnenmarkt gesichert. Aus diesem Grund erachteten *economiesuisse* und der

Schweizerische Arbeitgeberverband den eingeschlagenen europapolitischen Weg bereits in früheren Untersuchungen als unentbehrlich und unumgänglich. Es ist Aufgabe der beiden Verbände, die Anliegen der Wirtschaft in Sachen Europapolitik frühzeitig zu erkennen und laufend in den politischen Prozess einzubringen.

Zu diesem Zweck führte *economiesuisse* bereits 2002 eine Umfrage unter den Mitgliedern durch. Die Befragten unterstützten damals vorbehaltlos die Bilateralen Abkommen I sowie die Verhandlungen über die Bilateralen Abkommen II. Aus heutiger Sicht kann festgestellt werden, dass die Erwartungen an beide Verhandlungspakete erfüllt worden sind. Die von gewissen Kreisen geäusserten Befürchtungen, wie beispielsweise im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit die Senkung des Lohnniveaus oder die Verdrängung von Schweizer Arbeitnehmern, sind nicht gerechtfertigt.

Neben dem Freihandelsabkommen und den anderen Verträgen der Bilateralen Abkommen I erweist sich insbesondere das Freizügigkeitsabkommen (FZA) als unerlässliches Kernelement der Vertragspakete mit



Quellen: Schweizerische Nationalbank, Eidgenössische Zollverwaltung, Eurostat.

der EU. Bereits im Jahr 2005 kamen mehrere Untersuchungen zum Schluss, dass die Schweiz auf die qualifizierten Arbeitskräfte aus den EU-Ländern angewiesen ist. Für das Wirtschaftswachstum ist dieses Rekrutierungspotenzial von grosser Bedeutung.

Die nächste politische Bestätigung des bilateralen Weges an der Urne steht voraussichtlich im Jahr 2009 an. Das FZA wurde 2002 vorerst für eine Periode von sieben Jahren abgeschlossen. Die Schweiz muss gegenüber der EU bis zum 31. Mai 2009 bekannt geben, falls sie das bestehende Abkommen kündigt. Das Parlament befindet darüber in Form eines referendumsfähigen Bundesbeschlusses in der Sommersession 2008. Anschliessend läuft die Referendumsfrist. Auch gegen den Bundesbeschluss über die Ausdehnung des FZA auf Bulgarien und Rumänien kann das fakultative Referendum ergriffen werden. Dieser Umstand veranlasste economiesuisse und den Schweizerischen Arbeitgeberverband, die nun vorliegende Umfrage durchzuführen.

Diese erfolgte mittels eines strukturierten Fragebogens. Aufgrund des ausgezeichneten Rücklaufs repräsentieren die Ergebnisse die gesamte Breite der Mitglieder von economiesuisse und Schweizerischem Arbeitgeberverband. Die Antworten sämtlicher Handelskammern, zahlreicher Branchenverbände und Einzelmitglieder ergeben eine breit abgestützte Stellungnahme der Schweizer Wirtschaft sowohl in struktureller als auch geografischer Hinsicht (vgl. Liste im Anhang). Insgesamt entspricht der Rücklauf einem Wertschöpfungsanteil von über 90 Prozent der Mitglieder beider Organisationen. Daraus resultiert ein umfassender Überblick über die Erfahrungen und über die bevorzugte europapolitische Stossrichtung der Schweizer Wirtschaft.

Sämtliche Grafiken stellen ausschliesslich die eingegangenen Antworten dar.



---

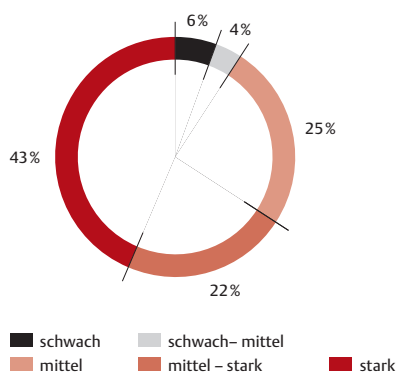
# Ergebnisse

## Betroffenheit der Mitglieder durch die Bilateralen Abkommen

---

**Sind Ihre Mitglieder / Ist Ihr Unternehmen durch die bilateralen Abkommen mit der EU betroffen?**

---



### Tief verwurzelter bilateraler Weg

Die Mehrheit der antwortenden Mitglieder von economiesuisse und Schweizerischem Arbeitgeberverband ist durch die Bilateralen Abkommen direkt betroffen. Fast die Hälfte gibt sogar an, in ihrem Bereich stark betroffen zu sein.

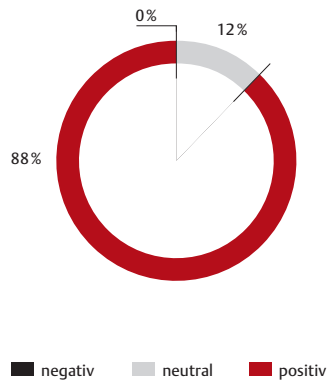
Der heutige bilaterale Weg mit der EU erweist sich für die Wirtschaft als überaus wichtig. Das Resultat bestätigt und unterstreicht die Einschätzungen der letzten Jahre.

## Rückblick und aktuelle Situation

---

### Einschätzung der bisherigen Erfahrungen mit dem Freihandelsabkommen Schweiz-EU

---



### Über 35 Jahre positive Erfahrungen

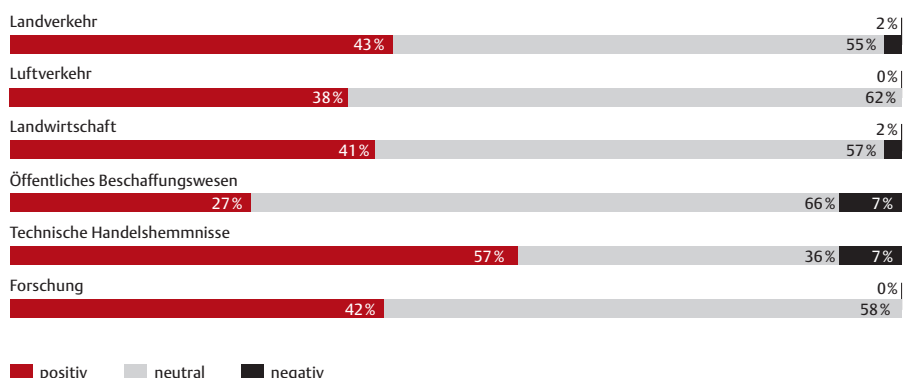
Eine grosse Mehrheit stuft die Erfahrungen mit dem Freihandelsabkommen<sup>1</sup> als positiv ein. Das Abkommen wurde in keiner Antwort negativ bewertet. Das vertragliche Fundament für einen freien Warenhandel mit der EU ist somit sehr breit abgestützt.

<sup>1</sup> Informationen zum Freihandelsabkommen und zu den Bilateralen Abkommen I finden sich im Anhang.

---

## Einschätzung der bisherigen Erfahrungen mit den Bilateralen Abkommen I

---



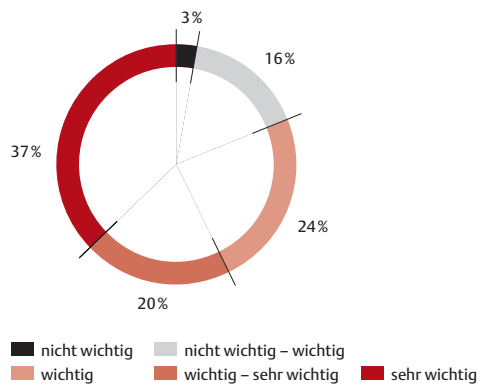
### Bilaterale Abkommen I – die Verträge für die Schweizer Wirtschaft

Sehr gute Erfahrungen haben die Befragten namentlich mit dem Abkommen über den Abbau technischer Handelshemmnisse gemacht. Bei den übrigen Verträgen liegen die positiven Erfahrungswerte um die 40 Prozent, wobei jeweils über 50 Prozent die Verträge neutral bewerten. Dieser hohe Anteil ist darauf zurückzuführen, dass die einzelnen Abkommen (bspw. Landwirtschaft, Luftverkehr) nur ganz bestimmte Sektoren betreffen.

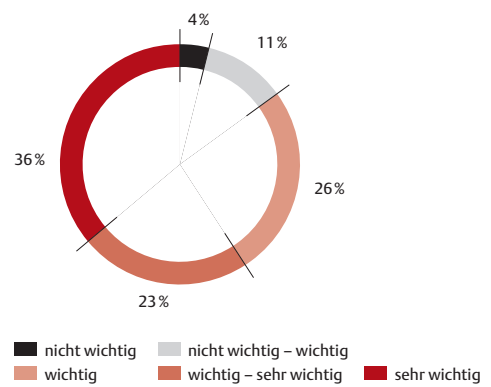
Die zahlreichen positiven Antworten zeigen, dass die Schweizer Wirtschaft in breitem Ausmass von den Erleichterungen der Bilateralen Abkommen I<sup>2</sup> profitiert. Die Umfrageresultate zu den sechs Dossiers fallen durchwegs positiv aus.

<sup>2</sup> Die Bilateralen Abkommen I sind seit dem 1. Juni 2002 in Kraft. Mit Ausnahme des Forschungsabkommens handelt es sich dabei um Marktöffnungsabkommen im klassischen Sinn.

**Wie wichtig ist das FZA für das Wachstum in Ihrem Bereich?**



**Wie wichtig ist das FZA für die Rekrutierung qualifizierter Arbeitskräfte in Ihrem Bereich?**



**Im Fokus: das Freizügigkeitsabkommen**

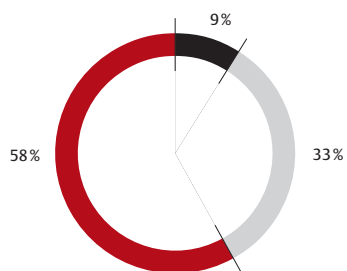
Über 80 Prozent der antwortenden Mitglieder messen dem Freizügigkeitsabkommen (FZA) einen entscheidenden Stellenwert für das Wachstum ihrer Branche in den vergangenen Jahren bei. Dass dabei der Einfluss des Abkommens von einer Mehrheit als sehr wichtig eingestuft wird, unterstreicht die überaus positiven Erfahrungen in praktisch allen Branchen.

Das Abkommen wird von der grossen Mehrheit auch als wichtig für die Rekrutierung von qualifizierten Arbeitskräften eingeschätzt.

---

**Stellen Sie in Ihrem Bereich eine Verdrängung der inländischen Arbeitskräfte fest?**

---



■ ja ■ kaum ■ nein

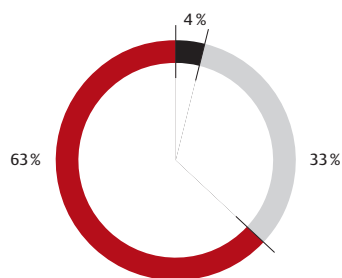
---

Die Umfrage zeigt, dass eine Verdrängung der inländischen Arbeitskräfte in der Wirtschaft praktisch nicht festgestellt werden kann. Über 90 Prozent der Antworten fallen in diesem Sinn aus. Ein gewisser Migrationsdruck auf den Arbeitsmarkt wurde nur in einzelnen Fällen gemeldet. Die von den Gegnern des FZA im Abstimmungskampf ins Feld geführten Vorbehalte bezüglich der drohenden Migrationsströme werden damit widerlegt.

---

**Stellen Sie durch das FZA in Ihrem Bereich einen Lohndruck fest?**

---



■ ja ■ kaum ■ nein

---

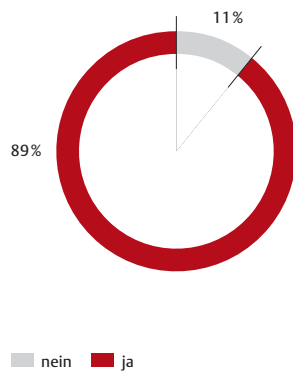
Noch klarer wird ein Einfluss des FZA auf das Lohnniveau verneint. Ein Lohndruck ist fast nicht feststellbar<sup>3</sup>.

<sup>3</sup> Auch das SECO (Mai 2007: «Auswirkungen auf den Schweizer Arbeitsmarkt») spricht davon, dass sich keine negativen Auswirkungen auf die Lohnentwicklung feststellen liessen.

---

## Wirken die flankierenden Massnahmen in Ihrem Bereich wie vorgesehen?

---

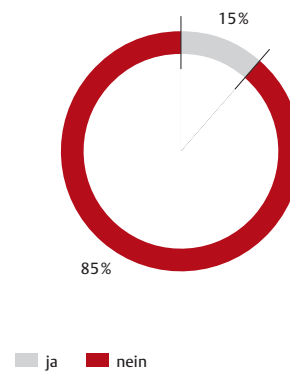


Die getroffenen Vorkehrungen wirken gemäss den Umfrageergebnissen wie vorgesehen. Die grosse Mehrheit stört sich nicht an den flankierenden Massnahmen in ihrem Bereich. In knapp 90 Prozent der Antworten wird den flankierenden Massnahmen der gewünschte Effekt zugeschrieben.

---

## Stören die flankierenden Massnahmen den Arbeitsmarkt in Ihrem Bereich?

---

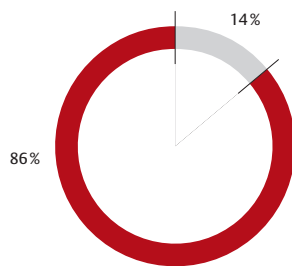


Verschiedene Umfrageteilnehmer kritisieren den hohen administrativen Aufwand für die Umsetzung der flankierenden Massnahmen und warnen vor sachwidrigen Eingriffen in den Arbeitsmarkt. Zudem wird mehrfach eine Behinderung der grenznahen Wirtschaft festgestellt.

---

**Ist in Ihrem Bereich die Reziprozität  
des FZA gewährleistet?**

---



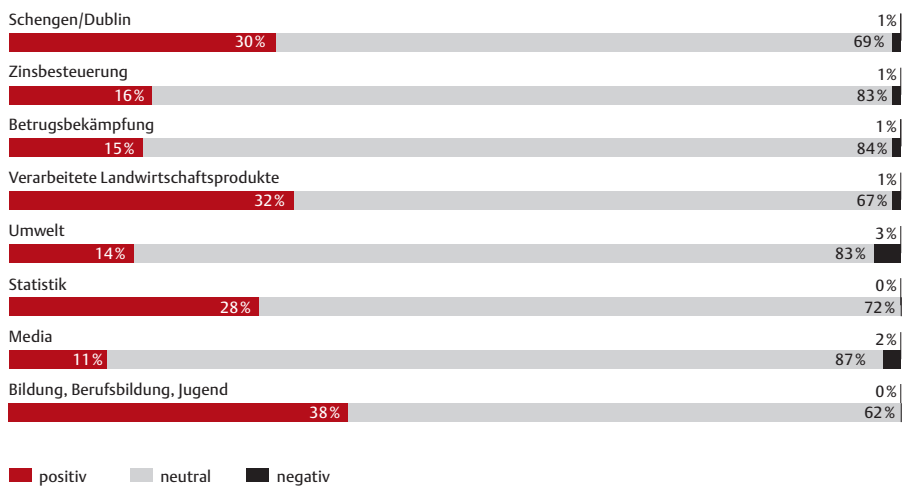
■ nein ■ ja

---

Auch die Reziprozität (die Anwendung des FZA in der EU) ist gemäss einem Grossteil der Antworten gewährleistet. In einzelnen Fällen wird moniert, dass die Abkommen bei den Behörden in der EU wenig bekannt sind und somit noch Erklärungsarbeit geleistet werden muss. Der bürokratische Aufwand scheint in der EU häufig Probleme hervorzurufen. Gemäss Aussagen wird oft mit Strafen und Bussen gedroht.

Die bisher gemachten Erfahrungen der Schweizer Wirtschaft mit den Bilateralen Abkommen I sind überaus positiv. Das FZA wird als sehr wichtig für das Wirtschaftswachstum angesehen. Zudem stellen die antwortenden Mitglieder fest, dass die flankierenden Massnahmen wirksam sind.

**Einschätzung der bisherigen Erfahrungen mit den Bilateralen Abkommen II**



**Bilaterale Abkommen II: Weiterführung des eingeschlagenen Weges<sup>4</sup>**

Die Bilateralen Abkommen II tangieren gewisse Teile der Schweizer Wirtschaft stärker als andere. Bereiche wie der Finanzplatz, der Tourismus oder die Lebensmittelindustrie sind unmittelbar davon betroffen. Zusätzlich beinhaltet das Vertragspaket neben der wirtschaftlichen auch erstmals eine Zusammenarbeit in Politikfeldern wie Sicherheit, Asyl, Umwelt und Kultur. Bis auf das Assoziierungsabkommen Schengen/Dublin und das Betrugsbekämpfungsdossier sind heute alle Verträge der Bilateralen Abkommen II in Kraft.

Die Abkommen werden mehrheitlich neutral bewertet. Wo eine Betroffenheit festgestellt wird, überwiegen die positiven Antworten die negativen bei Weitem. Mit einer positiven Einschätzung von 30 Prozent stösst das Schengen/Dublin-Abkommen bereits heute auf eine breite Zustimmung, obwohl es noch nicht in Kraft ist. Ebenfalls eine gute Bewertung erhalten die Abkommen über verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, Statistik sowie Bildung, Berufsbildung und Jugend. Es gibt praktisch keine negativen Bewertungen.

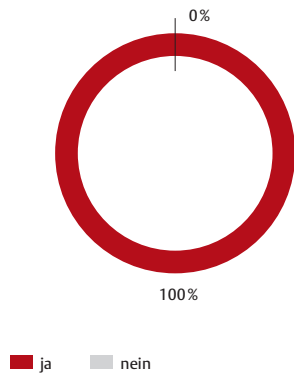
Die grosse Zahl der neutralen Bewertungen liegt darin begründet, dass die Erfahrungswerte noch nicht sehr gross und nicht alle Sektoren gleich stark betroffen sind. Erfreulich sind die zahlreichen positiven Bewertungen.

<sup>4</sup> Informationen zu den Bilateralen Abkommen II finden sich im Anhang.

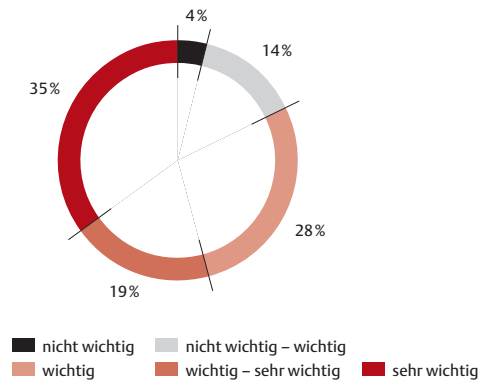


## Ausblick Freizügigkeitsabkommen (FZA)

Befürworten Ihre Mitglieder / Befürwortet Ihr Unternehmen die Weiterführung des Abkommens?



Wie wichtig ist das FZA für das zukünftige Wachstum in Ihrem Bereich?

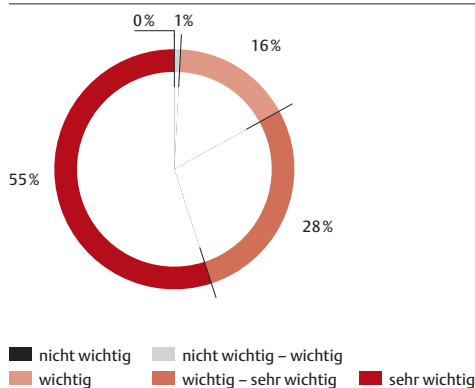


### Weiterführung nach 2009

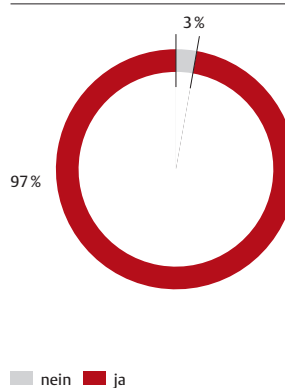
Die Schweizer Wirtschaft befürwortet die Personenfreizügigkeit einstimmig und demonstriert somit geschlossen, welche zentrale Bedeutung diesem Abkommen zukommt.

Einen positiven Einfluss auf das Wachstum in ihrem Bereich sprechen vier Fünftel der antwortenden Mitglieder dem Abkommen zu.

**Wie wichtig ist die Weiterführung des FZA für die Schweizer Wirtschaft insgesamt (Stichwort: Guillotineklausel)?**



**Unterstützen Ihre Mitglieder / Unterstützt Ihr Unternehmen die Erweiterung des FZA?**



99 Prozent der antwortenden Mitglieder bewerten das Abkommen als wichtig, 55 Prozent gar als sehr wichtig für die Schweizer Wirtschaft. Die Antwortenden sind sich im Klaren, dass wegen der «Guillotineklausel» die gesamten Bilateralen Verträge I hinfällig würden. Eine Auflösung der Verträge würde als äusserst negativ und kritisch qualifiziert.

**Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien**

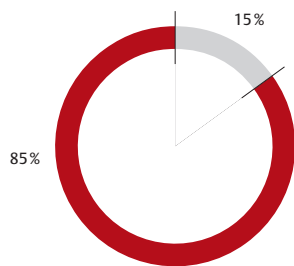
Die Ausdehnung des Abkommens auf Rumänien und Bulgarien<sup>5</sup> wird fast einstimmig unterstützt.

<sup>5</sup> Mit dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien zur EU wurden neue Verhandlungen zur Ausdehnung des FZA nötig. Diese wurden am 10. Juli 2007 eröffnet und Ende Januar 2008 abgeschlossen. Die Verhandlungen resultierten im Protokoll II zum FZA, das dem fakultativen Referendum untersteht. Die Schweiz würde mit einer Ablehnung der Ausdehnung eine Ungleichbehandlung der beiden Länder gegenüber den anderen EU-Staaten schaffen. Es wäre zu befürchten, dass die EU eine solche Diskriminierung nicht akzeptiert und das Abkommen kündigen würde. Damit würden sämtliche Verträge der Bilateralen Abkommen I ausser Kraft gesetzt (Guillotineklausel).

---

**Erfolgt die Unterstützung der Erweiterung, um eine mögliche Suspendierung des bilateralen Weges durch die EU zu vermeiden?**

---



■ nein ■ ja

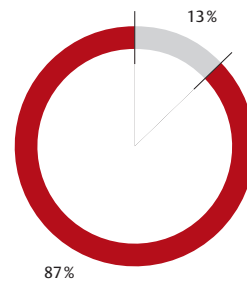
---

Eine mögliche Kündigung des FZA durch die EU und der damit verbundene Hinfall der Bilateralen Abkommen I spielen für die Wirtschaft eine zentrale Rolle.

---

**Erfolgt die Unterstützung, um Arbeitskräfte aus Rumänien und /oder Bulgarien rekrutieren zu können?**

---



■ ja ■ nein

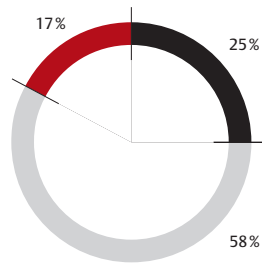
---

Die Rekrutierungsmöglichkeit steht nicht im Zentrum für die Zustimmung zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien.

---

**Wie stellt sich Ihre Branche / Ihr Unternehmen generell zu einer weiteren Verstärkung der flankierenden Massnahmen im Hinblick auf die Ausdehnung?**

---



■ akzeptierend ■ eher ablehnend ■ strikt ablehnend

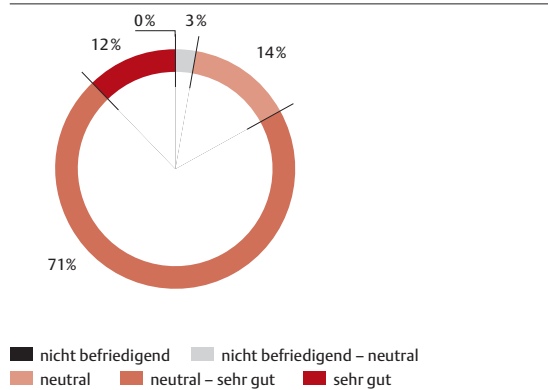
---

Einer weiteren Verstärkung der flankierenden Massnahmen steht eine Mehrheit der Befragten skeptisch gegenüber. Nur ein Viertel wendet sich nicht a priori gegen eine Verstärkung der flankierenden Massnahmen.

Sowohl die Weiterführung des FZA als auch dessen Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien können auf einen breiten Rückhalt in der Schweizer Wirtschaft zählen. Die grosse Zustimmung in beiden Fragen zeigt das Bewusstsein und die Bedeutung des FZA für die Schweizer Wirtschaft.

## Europapolitischer Kurs der Schweiz

### Beurteilung des aktuellen europapolitischen Kurses der Schweiz



### Aktuelle Europapolitik stösst auf grosse Zustimmung

Die Schweiz verfolgt eine Europapolitik auf bilateralem Weg; konkrete Fragen der Zusammenarbeit werden mit der EU durch Bilaterale Abkommen in klar umschriebenen Bereichen geregelt. Seit dem Freihandelsabkommen von 1972 wurden die bilateralen Beziehungen kontinuierlich ausgebaut, zuletzt durch die Bilateralen Abkommen I und II. Diese schaffen einen weitreichenden gegenseitigen Marktzugang und sind Grundlage für eine enge Kooperation in politischen Bereichen wie Forschung, Sicherheit, Asyl, Umwelt und Kultur.

Die vorliegende Umfrage zeigt, dass die aktuelle Schweizer Europapolitik in der Wirtschaft auf sehr positives Echo stösst. 90 Prozent der Branchenverbände und Handelskammern beurteilen die Europapolitik neutral bis sehr gut.

Neben der Bewertung der Europapolitik der Schweiz erhielten die Umfrageteilnehmer Gelegenheit, ihre Standpunkte zur grundsätzlichen Ausrichtung der künftigen Haltung darzulegen. Dabei wird der bilaterale Weg fast ausnahmslos als beste Variante bezeichnet. Es wird gewünscht, dass dieser Weg weiter ausgebaut werden muss. Zu diesem Zweck wird vor allem die Öffnung der Märkte durch den Abbau von Handelshemmnissen sowohl technischer als auch tarifärer Art gefordert. Einzelne Organisationen der Nahrungsmittelbranche sehen hingegen durch eine zu starke und zu weit gehende Öffnung die Überlebensfähigkeit gewisser Branchenzweige gefährdet. Eine Einschränkung des bilateralen Wegs gegenüber dem heutigen

Stand ist dennoch für keinen der Umfrageteilnehmer eine Option. Die vereinzelt sektorspezifischen Anliegen für eine allfällige Vertiefung der Beziehung zur EU werden später behandelt.

Einige Organisationen wünschen sich ein «mutigeres» und selbstbewussteres Auftreten der Schweiz gegenüber der EU, insbesondere in Steuerfragen. Dabei wird die einseitige Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips von einigen Organisationen als Zeichen der Schwäche gewertet. Auf der anderen Seite wird jedoch auch ein konstruktiver und «stabiler» Kontakt mit der EU gewünscht, was mit einer zu starren Haltung der Schweiz kaum möglich wäre.

Zur Frage des EU-Beitritts äussern sich nur wenige Organisationen. Für die meisten stellt dies eine staatspolitische Frage dar, wie die Antwort eines Umfrageteilnehmers illustriert: «Antworten auf Fragen bezüglich der Schweiz und ihrer Beziehung zu Europa aus staatspolitischer Sicht sind dem Staatsbürger vorbehalten. Wir sind der Auffassung, dass die Wirtschaft den Wunsch der Staatsbürger respektieren muss, erwarten indessen auch, dass der Staatsbürger die Anliegen der Wirtschaft anerkennt und unterstützt.» Einzelne Organisationen befürchten, dass die Schweiz längerfristig schlechter gestellt ist, wenn sie der EU nicht beitrifft.

**Die klaren Äusserungen der Umfrageteilnehmer bekräftigen die bisherige Haltung von *economiesuisse* und dem Schweizerischen Arbeitgeberverband, die eine Weiterführung des bilateralen Weges begrüssen, einen EU-Beitritt aber ablehnen. Zur konsequenten Umsetzung dieser Politik gehört aus der Sicht der Dachverbände auch die Ausdehnung der Bilateralen Abkommen auf die neuen Mitgliedstaaten der EU.**

# Anhang

## Liste der Umfrageteilnehmer

Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel)	Handelskammer und Arbeitgebervereinigung Winterthur
Aargauische Industrie- und Handelskammer	hotelleriesuisse
Adecco management & consulting SA	IBM Schweiz
Aerosuisse Dachverband der schweizerischen Luftfahrt	IGFV Geschäftsstelle Interessengemeinschaft Flexible Verpackungen
Arbeitgeberverband Basel	Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell
Arbeitgeberverband Rorschach und Umgebung	Industrie- und Handelskammer Thurgau
Arbeitgeberverband Schweiz. Papier-Industrieller	McKinsey & Company, Inc. Switzerland
ASCO Association of Management Consultants Switzerland	Nestlé Suisse SA
Association Suisse des Fabricants et Commerçants de Métaux Précieux	Novartis International AG
auto-schweiz Vereinigung Schweizer Automobil-Importeure	Promarca Schweizerischer Markenartikelverband
AVIA Vereinigung unabhängiger Schweizer Importeure von Erdölprodukten	PubliGroupe S.A.
BISCOSUISSE Schweizerischer Verband der Backwaren- und Zuckerwaren-Industrie	Schweizer Brauerei-Verband
Camera di commercio dell'industria e dell'artigianato del cantone Ticino	Schweizer Buchhändler- und Verleger-Verband SBVV
cemsuuisse Verband der Schweizerischen Cementindustrie	Schweizer Fleisch-Fachverband SFF
Chambre de Commerce et d'Industrie du Jura	Schweizerisch-Liechtensteinischer Gebäudetechnikverband (suissetec)
Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève	Schweizerische Bankiervereinigung
Chambre fribourgeoise du commerce, de l'industrie et des services	Schweizerische Metall-Union
Chambre neuchâtelaise du commerce et de l'industrie	Schweizerische Normen-Vereinigung
Chambre valaisanne de commerce et d'industrie	Schweizerischer Baumeisterverband
Chambre vaudoise du commerce et de l'industrie	Schweizerischer Energie-Konsumenten-Verband von Industrie + Wirtschaft
CHOCOSUISSE Verband Schweizerischer Schokoladefabrikanten	Schweizerischer Hefeverband
Convention patronale de l'industrie horlogère suisse	Schweizerischer Kosmetik- und Waschmittelverband
Dachverband Schweizerischer Müller	Schweizerischer Obstverband
Dachverband Schweizerischer Spezialmühlen	Schweizerischer Reisebüro-Verband
Electrosuisse	Schweizerischer Verband der Internationalen Handelsfirmen
EOS Holding	Schweizerischer Versicherungsverband SVV
Erdöl-Vereinigung	Schweizerisches Verpackungsinstitut
F. Hoffmann-La Roche AG	SGCI Chemie Pharma Schweiz
Fédération de l'industrie horlogère suisse FH	SIBA Verband Schweizerischer Versicherungsbroker
Fédération des Entreprises Romandes Genève	Société Générale de Surveillance SA
Frutiger AG	Solothurner Handelskammer
Gastrosuisse Verband für Hotellerie und Restauration	SPEDLOGSWISS Verband schweizerischer Speditions- und Logistikunternehmen
Glarner Handelskammer	SWICO
H+ Die Spitäler der Schweiz	Swiss Convenience Food Association
Handels- und Industrieverein des Kantons Bern	Swiss Funds Association SFA
Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz	Swiss International Air Lines Ltd.
Handelskammer beider Basel	Swiss Retail Federation
Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden	Swisscom AG
	wisselectric
	SwissHoldings Verband der Industrie- und Dienstleistungskonzerne der Schweiz

SWISSMECHANIC Schweizerischer Verband mechanisch-technischer Betriebe
Swissmem
SwissOlio
SwissPasta Vereinigung der Schweizerischen Teigwarenindustrie
swisstaffing
SWX Swiss Exchange
Treuhand-Kammer
TVS Textilverband Schweiz
usic Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmungen
Verband der Schweizerischen Gasindustrie
Verband der Schweizerischen Schmelzkäseindustrie SESK
Verband der Schweizerischen Zellstoff-, Papier- und Kartonindustrie
Verband des Schweizerischen Versandhandels VSV
Verband Schweizer Presse
Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
Verband Schweizerischer Hersteller von Suppen und Saucen
Verband Schweizerischer Kantonalbanken
Verband Schweizerischer Lack- und Farbenfabrikanten
Verband Schweizerischer Mineralquellen und Softdrink-Produzenten
Verband Schweizerischer Sicherheitsdienstleistungsunternehmen (VSSU)
Verband Schweizerischer Stahlröhrenwerke
Verband Zürcher Handelsfirmen
Verband Zürcherischer Kreditinstitute
Vereinigung der Schweizerischen Milchindustrie
Vereinigung Messen Schweiz VMS
Vereinigung Schweizerischer Glasfabriken
Vereinigung Schweizerischer Hersteller von Diät- und Spezialnahrungen
Vereinigung Schweizerischer Unternehmen in Deutschland
VISCOM Schweizerischer Verband für visuelle Kommunikation
VSIG Handel Schweiz
Zentralschweizerische Handelskammer
Zuger Wirtschaftskammer
Zürcher Handelskammer

## Informationen zum Freihandelsabkommen und zu den Bilateralen Abkommen I

Das *Freihandelsabkommen* von 1972 ist die Grundlage des wirtschaftlichen Austausches mit der EU (damals EG). Dadurch können Industriegüter mit Ursprung in einem der Vertragsstaaten zollfrei gehandelt werden. Das Verbot von mengenmässigen Beschränkungen sowie sonstiger Handelshemmnisse im grenzüberschreitenden Warenverkehr unterstützt den freien Handel zusätzlich. Ausgenommen von diesem Abkommen sind Landwirtschaftsprodukte. Landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte geniessen eine Sonderstellung.

Beim *Landverkehrsabkommen* sind seit 2002 die Märkte für Strassen- und Schienentransport geöffnet. Ausserdem anerkennt die EU darin die schweizerische Verlagerungspolitik von der Strasse auf die Schiene.

Mit dem *Luftverkehrsabkommen* erfolgt eine Öffnung der Luftverkehrsmärkte der Schweiz und der EU. Die Schweizer Fluggesellschaften werden denjenigen der EU weitgehend gleichgestellt, und sie können jeden Flughafen in der EU ohne weitere Auflagen anfliegen.

Durch das *Landwirtschaftsabkommen* erfährt der Landwirtschaftsmarkt eine Teilliberalisierung. Die Liberalisierungsschritte erfolgen über den Abbau tarifärer und nicht tarifärer Handelshemmnisse. Importkontingente und Zollabbau betreffen im Speziellen den Käsebereich, bei dem seit 1. Juli 2007 der vollständig liberalisierte Markt gilt. Aber auch Gemüse, Früchte, Gartenbau sowie gewisse Fleischspezialitäten sind davon betroffen. Der Abbau der technischen Handelshemmnisse erfolgt in der Landwirtschaft im Einzelnen durch gegenseitige Nichtdiskriminierungsabkommen, Rechtsanerkennung und Angleichung technischer Vorschriften. Auch im Agrarbereich ist die EU der wichtigste Handelspartner der Schweiz. Durch das Abkommen hat sich nicht zuletzt das Angebot der Produkte vervielfältigt. Weiterhin nicht von dem Abkommen betroffen sind Agrarprodukte wie Getreide oder Milch.

Das Abkommen über das *öffentliche Beschaffungswesen* erweitert den international geltenden WTO-Rahmen auf die Beschaffungen von Gemeinden, Telekommunikations-, Eisenbahn- und Bauunternehmen sowie auf Beschaffungen von konzessionierten privaten Unternehmen in den Sektoren Wasser, Elektrizität und Gas. Für Schweizer Unternehmen stellt der Zugang zu diesen Märkten ein grosses Potenzial dar. Durch die Regelung mit der EU ergeben sich für die Schweizer

Firmen eine grössere Transparenz bei der Erteilung öffentlicher Aufträge und zusätzlich die Möglichkeit, gegen Entscheidungen und Zuschläge Rechtsmittel zu ergreifen.

Das Abkommen über den Abbau *technischer Handelshemmnisse* vereinfacht die Produktzulassung, indem Prüfungen, Inspektionen und Zertifizierungen gegenseitig anerkannt werden. Durch die gegenseitige Anerkennung der betroffenen Konformitätsbewertungen erwachsen den Schweizer Unternehmen tendenziell sinkende Kosten und kürzere Wartezeiten beim Export in die EU.

Das *Forschungsabkommen* ermöglicht Schweizer Forschungsinstituten, Hochschulen, Unternehmen sowie Einzelpersonen, gleichberechtigt an den Forschungsrahmenprogrammen der EU teilzunehmen.

Das Abkommen zur *Personenfreizügigkeit* (FZA) regelt die schrittweise Öffnung des schweizerischen und europäischen Arbeitsmarktes. Bürgerinnen und Bürger der Schweiz bzw. der EU haben auf dem Staatsgebiet der Vertragsparteien das Recht, Arbeitsplatz oder Aufenthaltsort frei zu wählen. Es ermöglicht den Schweizer Unternehmen einerseits die erleichterte Entsendung von Schweizer Personal in die EU-Staaten. Andererseits wird die Rekrutierung von geeignetem Personal im Ausland erleichtert.

Zum Schutz der in der Schweiz geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen traten am 1. Juni 2004 ausserdem die flankierenden Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping in Kraft. Damit soll die missbräuchliche Unterschreitung von orts- und branchenüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen verhindert werden. Im Zuge der Erweiterung des FZA auf die EU-25 wurden die flankierenden Massnahmen weiter ausgebaut und am 1. April 2006 eingeführt.



## Informationen zu den Bilateralen Abkommen II

Das Abkommen von *Schengen* verbessert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz gegen internationale Kriminalität. Die Aufhebung systematischer Personenkontrollen erleichtert den Grenzverkehr. Zudem wird mit dem Abkommen erstmals das Bankkundengeheimnis durch einen internationalen Vertrag abgesichert. Eine sogenannte Optout-Klausel sichert der Schweiz bei einer unerwünschten Entwicklung des Schengen-Rechts eine Ausstiegsmöglichkeit. Mit dem Schengen-Abkommen benötigen Reisende nur noch ein Visum für den ganzen Schengen-Raum.

Das *Dubliner-Abkommen* verbessert die Zusammenarbeit im Asylbereich. Die Verhinderung von Mehrfachgesuchen unterbindet den Asyltourismus.

Mit dem *Zinsbesteuerungsabkommen* erhebt die Schweiz zugunsten der EU-Staaten einen Steuerrückbehalt auf Zinserträgen natürlicher Personen mit Steuersitz in der EU.

Durch das Abkommen über die *Betrugsbekämpfung* schaffen die Schweiz und die EU die rechtlichen Grundlagen für eine Verbesserung der Zusammenarbeit gegen Schmuggel und andere Deliktformen im indirekten Steuerbereich (z. B. Zoll), bei Subventionen sowie im öffentlichen Beschaffungswesen.

Das Abkommen über *landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte* revidiert das Protokoll Nr. 2 des Freihandelsabkommens von 1972. Zuvor wurden bei verarbeiteten Landwirtschaftsprodukten auf den industriellen Anteilen des Produktes keine Zölle erhoben, wohl aber für den Agrargrundstoff-Anteil. Mit dem Abkommen können Schweizer Unternehmer nun zollfrei in den EU-Markt exportieren, da die EU im Handel mit der Schweiz vollständig auf Importzölle verzichtet. Damit eröffnen sich der Schweizer Landwirtschaft neue Absatzmärkte. Der Anwendungsbereich des Protokolls wird auf weitere Produkte wie Nahrungsergänzungsmittel, Röstkaffee, Spirituosen, Bier und Essig ausgeweitet.

Das *Umweltabkommen* regelt den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Umweltagentur (EUA). Die Aufgaben der EUA beinhalten die zuverlässige und unabhängige Bereitstellung von Informationen über die Umwelt. In diesem Sinne liefert sie auch Datenmaterial zur Gesetzgebung in der Umweltpolitik der EU. Als vollwertiges Mitglied erhält die Schweiz Zugang zu sämtlichen Daten und Informationen.

Das Abkommen über die *Statistik* verbessert die Zusammenarbeit der Schweiz und der EU in den Bereichen Statistik und Harmonisierung von Statistiken. Durch die Beteiligung der Schweiz an diesem Abkommen erscheinen auch Schweizer Daten in den Statistiken der EU, was einen einfacheren Vergleich der Datensätze erlaubt.

Das *Media-Abkommen* erlaubt die volle Berechtigung zur Teilnahme an den EU-Förderprogrammen. Damit erhöhen sich die Marktchancen von Schweizer Firmen.

Das Abkommen zu *Bildung, Berufsbildung, Jugend* strebt im Rahmen der Bilateralen Abkommen II die Teilnahme der Schweiz an der nächsten Programmgeneration für 2007 bis 2013 an.

## Veröffentlichungen zur Europapolitik

---

economiesuisse (2007):  
Beziehungen Schweiz-EU und zukünftige Herausforderungen.

---

economiesuisse (2007):  
Europapolitik: Bilateraler Weg – optimaler Weg.

---

economiesuisse (2006):  
Ohne Risiko weiter auf dem bewährten Weg.

---

economiesuisse (2006):  
Europapolitik: Erfolg durch Pragmatismus.

---

economiesuisse (2005):  
Die EU im Umbruch und die Beziehungen Schweiz-EU.

---

economiesuisse (2005):  
Personenverkehrs-Abkommen mit der ganzen EU:  
Entscheid über den bilateralen Weg der Schweiz.

---

economiesuisse (2004):  
Bilaterale Abkommen Schweiz – Europäische Union (EU).

---

economiesuisse (2004):  
Bilaterale I: Ausdehnung der Personenfreizügigkeit.

---

economiesuisse (2003):  
Zu den Aktualitäten in der schweizerischen Europapolitik.

---

economiesuisse (2002):  
Standortbestimmung zur schweizerischen Integrations-  
politik.

---

economiesuisse (2000):  
Europa. Optionen und Hausaufgaben.

---



economiesuisse  
Verband der Schweizer Unternehmen  
Hegibachstrasse 47  
Postfach  
CH-8032 Zürich

[www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch)

Schweizerischer Arbeitgeberverband  
Hegibachstrasse 47  
Postfach  
CH-8032 Zürich

[www.arbeitgeber.ch](http://www.arbeitgeber.ch)